

Für ein gutes Leben im Alter statt Rente mit 67

Ab dem Jahr 2012 soll das Rentenalter schrittweise auf 67 Jahre steigen. In diesem Jahr muss die Bundesregierung erstmals überprüfen, ob die Anhebung des Rentenalters überhaupt vertretbar ist. CDU und FDP haben sich schon jetzt festgelegt: Die Rente ab 67 kommt! Doch die Anhebung des Ren-

tenalters ist nichts anderes als eine gigantische Rentenkürzung. Parteivorsitzender Klaus Ernst (DIE LINKE) fordert CSU-Chef Horst Seehofer, der sich in einem Interview gegen die Rente mit 67 ausgesprochen hatte, auf, endlich „Farbe zu bekennen“. Ein Interview mache „noch keinen Kurswechsel“.

Heißer Herbst

Die Proteste gegen die Pläne der Bundesregierung sind in vollem Gange. Das Material ist bei den Landesverbänden angekommen und kann bei Protesten eingesetzt werden. Ab dem 13. November soll es Hausbesuche in den Wahlkreisbüros der schwarz-gelben Abgeordneten geben, um ihnen die „Gelbe Karte“ zu

zeigen. Ein Mobilisierungsaktionstag ist für den 17. November in mehreren Städten dezentral in Planung. Am 26. November wird am „Tag X“ zur Haushaltswoche im Bundestag dann die „Rote Karte“ gezeigt. Aktuell laufen die Demonstrationen gegen die Castortransporte an und die Stuttgart21-Gegner lassen sich nicht bremsen.

Schwarz-Gelb stellt Interessen der Atomlobby über Sicherheit der Bevölkerung

Die beschlossene Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke durch Union und FDP ist ein Sieg der Atomlobby über die Sicherheit der Bevölkerung.

Diese Entscheidung ist nicht nur eine energiepolitische Fehlentscheidung, sondern auch ein sozial- und arbeitsmarktpolitisches Desaster.

Die Regierung lässt sich von den Energiekonzernen entmachen. Das Gesetz soll ohne Beteiligung der Länder in Kraft treten. Da die Bundesregierung eine Beteiligung der Länder über den Bundesrat umgehen will, kann jetzt nur noch das Bundesverfassungsgericht das Gesetz stoppen.

Die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke geht eindeutig zu Lasten der erneuerbaren Energien. Die vier großen Energiekonzerne sind die Gewinner, Verlierer sind die Stadtwerke und deren Beschäftigte sowie der Umwelt- und Klimaschutz. Statt auf Zukunftsfähigkeit und erneuerbare Energien setzt die Bundesregierung auf Risikotechnik und veraltete Technologien. Kernenergie ist aufgrund des hohen Risikos als Brückentechnologie völlig ungeeignet, zumal die Endlagerung der radioaktiven Materialien nach wie vor völlig ungeklärt ist. Die Laufzeitverlängerung ist ein Investitionshemmnis für erneuerbare Energien. Sie behindert Investitionen und Arbeitsplätze.

Diana Golze

Fraktion DIE LINKE. im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Fon: 030 / 22 77 23 29
Fax: 030 / 22 77 63 29
E-Mail: diana.golze@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Märkischer Platz 2, 14712 Rathenow
Fon: 0 33 85 / 49 45 21
Fax: 0 33 85 / 49 45 22

Meine weiteren Bürgerbüros
finden Sie unter: www.diana-golze.de

Newsletter 11

November 2010, Nr.

von Diana Golze zu bundes-, landes- und kommunalpolitischen Themen



Liebe Leserinnen und Leser,

sie wissen nicht was sie tun, aber das tun sie mit aller Kraft – die Quintessenz der Bilanz der Bundesregierung. Eine bedenkenlose Klientelpolitik und Politik der sozialen Kälte sowie Dauerstreits und Entscheidungsverweigerung zu Lasten breiter Teile der Bevölkerung – das sind die ersten 365 Tage der schwarz-gelben Wunschregierung. Vom Traumpaar zum Albtraum innerhalb eines Jahres. Mit ihrer Politik gehen Merkel und Westerwelle geradezu bewusst in Konfrontation mit der Bevölkerungsmehrheit. Weder in der Klima-, Energie- und Atom-, noch in der Sozial- und Gesundheitspolitik treffen sie Entscheidungen im Sinne der Mehrheit. Und das einstige Wahlversprechen an alle Bürgerinnen und Bürger, durch eine neue Haushalts- und Steuerpolitik künftig mehr Netto vom Brutto behalten zu können, gilt lediglich für die Klientel und/oder Wahlhelfer der bürgerlichen Parteien. Mal wurden Hoteliers, mal Erben, mal Energie-Giganten, mal energieintensiven Unternehmen Milliardengeschenke herübergereicht. Kürzungen hielt die Koalition für sozial Schwache bereit, Hartz-IV-Betroffene beglückt sie mit zynischen fünf Euro mehr. Schwarz-Gelb treibt die soziale Spaltung des Landes voran und höhlt die Demokratie aus. Merkel proklamierte in den letzten Tagen einen Herbst der Entscheidungen. Es ist nicht der Herbst der Entscheidungen, sondern der Herbst der Regierung. Die Aufgabe der parlamentarischen Opposition muss sein, geeint gegen die unsoziale, unökologische und unmögliche Politik vorzugehen.

Viel Spaß beim Lesen! Diana Golze

Spruch des Monats

Das Prinzip größtmöglicher Freiheit für alle schließt Solidarität, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit nicht aus.

Heinz Kleger

TERMINE

5. November 2010,
Ausstellungseröffnung zum Krieg in Afghanistan, Jüterbog, Bürgerbüro

7. November 2010,
Programmkonvent in Hannover, Kongresszentrum, Beethovensaal

9. November 2010,
Hauptversammlung der Seniorenarbeitsgemeinschaft
Thema: „Die Wirksamkeit der Seniorenpolitik entscheidet sich in den Kommunen“, Berlin

20. November 2010,
Bundesausschuss, Erfurt

26. November 2010,
Bundesweiter Vorlesetag der „Stiftung Lesen“

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Wir machen weiter !!!



Soziale Schieflage bleibt bestehen

Auch mit den jüngsten Vorstößen, das Elterngeld nicht an diejenigen zu zahlen, die vermögenssteuerpflichtig sind, bleibt die soziale Schieflage bestehen, die durch das sogenannte Sparpaket der Bundesregierung aus dem Sommer entstanden ist. Denn im Klartext heißt es nach wie vor: Rund 135.000 Bezieher/innen von Arbeitslosengeld II verlieren durch die Streichung des Elterngelds ungefähr ein Viertel ihres Einkommens.

Menschen, die ohnehin kaum genug haben, um ihre Familien zu ernähren. Dem gegenüber stehen 2.200 Superreiche mit mehr als 250.000 Euro Jahreseinkommen, die den Wegfall der Leistung kaum bemerken dürften – denn sie verlieren im Schnitt weniger als 380 Euro im Monat. Das ist und bleibt unsere Hauptkritik an den Kürzungen in diesem Bereich. Und auch grundsätzlich muss man die Maßnahmen einmal hinter-

fragen. Das Elterngeld ist vor noch nicht einmal 3 Jahren in Kraft getreten und wurde als der größte familienpolitische Wurf der damaligen Familienministerin von der Leyen gefeiert.

Die LINKE hat bei seiner Einführung begrüßt, weil es für die Gleichstellung von Mann und Frau bei Fragen der Erziehung und Betreuung von Kindern in den ersten Lebensmonaten wichtige Weichen gestellt hat, da es durch den Lohnausgleich auch für Väter interessant war. All dies wird im Zuge der neuen Debatten insbesondere von Konservativen wieder in Frage gestellt. Die Streichungen haben also nicht nur durch die Schlechterstellung von ALG II Beziehenden fatale sozialpolitische, sondern auch familienpolitische Folgen, die rückwärtsgewandt sind. DIE LINKE kritisiert aber vor allem, dass mit einer Mogelpackung scheinbare Gerechtigkeit hergestellt werden soll.

Hartz IV-Reform ist Verfassungsbruch und enthält neue Grausamkeiten

Mit dem Kabinettsbeschluss zu den Hartz IV-Neuregelungen steuert die Bundesregierung direkt auf einen Verfassungsbruch wegen der intransparenten und nicht sachgerechten Bestimmung der Regelleistungen zu. Verhandlungen mit der Bundesregierung haben nur dann eine Chance, wenn frühzeitig klar ist, dass deren Vorlage unweigerlich wieder in Karlsruhe landen wird.

SPD und Grüne sollten deshalb auf das Angebot der LINKEN eingehen, eine gemeinsame Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen Hartz IV vorzubereiten.

Der von Sozialministerin Ursula von der Leyen vorgelegte Gesetzentwurf steht für Entmündigung, Entrechtung und soziale Ausgrenzung der Leistungsbeziehenden. Künftig sollen Leistungskürzungen auch ohne vorherige schriftliche Belehrungen über mögliche Rechtsfolgen möglich sein.

Die ständige Angst vor Sanktionen soll die Betroffenen noch stärker als bisher disziplinieren. Die Kommunen werden ermächtigt, die Kosten für Unterkunft und Heizung zu pauschalisieren. Angesichts der klammen Kassen der meisten Städte und Gemeinden ist davon auszugehen, dass dies in vielen Fällen auf Kürzungen hinauslaufen wird.

Der Verzicht auf jegliche Erhöhung der Regelsätze für Kinder und Jugendliche ist skandalös. Das Bildungspaket verdient den Namen nicht. Mit zehn Euro als Gutschein im Monat lassen sich weder Sportverein noch Musikschule und gleich gar nicht Förderunterricht bezahlen. Die geplanten Gutscheine für das Bildungspaket stigmatisieren die Betroffenen und überfordern die Jobcenter. All das ist aus Sicht der LINKEN nicht hinnehmbar. Notwendig sind stattdessen höhere Regelleistungen, wirkliche

Grundrecht auf Wohnen sozial, ökologisch und barrierefrei gestalten

Die Bundesregierung soll das Grundrecht auf Wohnen sozial, ökologisch und barrierefrei gestalten. Dies fordert DIE LINKE im Bundestag. Danach soll das Recht auf eine menschenwürdige Wohnung und auf die Versorgung mit Wasser und Energie gesetzlich garantiert werden. Zudem soll der Staat für Mieterschutz sorgen und auf angemessene Mieten hinwirken. Die Räumung von Wohnraum soll unzulässig sein, wenn kein zumutbarer Ersatzwohnraum zur Verfügung gestellt wird. Das Wohngeld soll die Bezahlbarkeit der Wohnung für Menschen mit geringem Einkommen gewährleisten.

Die Linksfraktion fordert weiter, dass die Einzelprogramme für Städtebauförderung in einem neuen Städtebauförderprogramm für Kommunen zusammengeführt werden. Die Vergabe der Mittel für dieses Programm soll auf Grundlage eines Kriterienkataloges, der zwischen Bund, Ländern und Kommunen einvernehmlich entwickelt wird, erfolgen. Die Maßnahmen sollen laut Fraktion insgesamt dazu dienen, vorhandene Wohnungsnot zu beseitigen und die kommunalen Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften bei Abriss und Aufwertung in Quartieren mit existenzbedrohendem Leerstand zu unterstützen.

Mehr Informationen unter www.diana-golze.de. Schauen Sie mal rein!

Mehr Informationen unter www.diana-golze.de. Schauen Sie mal rein!